

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Tagespreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 6 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Ausdräger gegenwärtig monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. / Eine Zustellungsgebühr. / Alle Postämter, Postboten sowie unsere Ausdräger und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abonnent in den obengesagten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelpreis der Nummer 10 Pfg. / Abdrucken ist nicht gestattet. / Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruff. / Verantwortlich: Dr. med. jur. H. W. Schulze. / Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruff. / Druck- und Verlagsanstalt: Wilsdruff.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das königliche Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 255

Donnerstag den 31. Oktober 1918

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Weitere Friedensnoten Andraffys.

Osterreich a. D.

Als Reich, als Staat, als Bundesgenosse — es ist uns mit den Überlieferungen einer langen und ruhmvollen Geschichte, darüber kann nachher nicht mehr der geringste Zweifel bestehen. Regierungen werden ein- und abgesetzt, Ministertreffen kommen und gehen, aber die Monarchie, die sie schützen und erhalten, die sie leiten und verwalten sollen, schwindet immer mehr dahin. Sie spaltet sich, löst sich auf, Ungarn trennt sich von Osterreich und in diesem wie in jenem Kronland gehen die einzelnen Nationalitäten ihre eigenen Wege. Für Böhmen oder vielmehr für das tschecho-slowakische Reich besteht bereits eine von Frankreich anerkannte vorläufige Regierung mit dem Sitz in Paris, zu der nun alle großen Herren aus Prag die Volksmacht über die Schweiz angetreten haben, die Südslaven sind mit ihrer Staatsbildung auch bereits sehr weit vorgeschritten, die Polen verhandeln nur noch mit Warschau, nicht mehr mit Wien, in Lemberg hat sich ein ukrainischer Nationalrat gebildet, und zuletzt haben sich auch die guten Deutschen zusammengetan, um aus dem allgemeinen Zusammenbruch für sich zu retten, was noch zu retten ist. Aber selbst das für hart gehaltene Ungarn drückt auseinander. Serben, Kroaten, Slowaken scheinen einschließen auch den Rahmen der Stephanstrone zu sprengen, und in Budapest selbst pochen die Unabhängigen des Grafen Karolyi mit samt den revolutionären Arbeiterschichten an die bislang für unannehmbar gehaltene Schwabung des Magnarentums, während die ungarländischen Rumänen sich in Gemeinschaft mit ihren Stammesgenossen in der Bukowina von der Zentralgewalt losgelöst haben. So geht es zu Ende, muß es zu Ende gehen mit dem Staatsgebilde, für dessen Erhaltung wir vor vier Jahren zu den Waffen gegriffen haben — und wenn jetzt die Wiener Regierung um einen Sonderfrieden mit der Entente bittet, so bedeutet das nur den Schlüsselpunkt hinter einer Entwicklung, die nach dem inneren Zerfall Osterreich-Ungarns auch zur Auflösung des Bündnisses der beiden Mittelmächte führen müßte.

Ob diese Entwicklung in ihren Anfängen noch aufzuhalten, ob sie vielleicht mit geschickter Hand noch abzuwenden gewesen wäre, darüber zu kreieren wäre heute ein recht überflüssiges Beginnen. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen hätten wir wahrscheinlich gegen die Wiener Regierung manchen Vorwurf zu erheben, ohne jedoch mit Sicherheit behaupten zu können, daß eine andere Staatenpolitik auch zu anderen Ergebnissen geführt hätte. Zweifellos ist in der Einschätzung der nationalen Kräfte, in der Bewertung der internationalen Lage, die namentlich von Prag aus schon sehr frühzeitig nach Frankreich und nach Amerika hin gespannt wurden, viel und schwer geirrt worden. Aber wirklich entscheidend für den Gang der Ereignisse war doch wohl nur die Tatsache, daß die lange Dauer des Krieges allen umwärtigen Elementen der Donaumonarchie über jede Erwartung hinaus zugute kam, und daß sie diese Günstigkeit außerordentlich wirksam zu nutzen verstanden. Für uns heißt es zunächst, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Dabei wollen wir uns gar nicht darüber täuschen, was der Ausfall Osterreich-Ungarns militärisch für unser Vaterland zu bedeuten hat. Mit dem Zusammenbruch Bulgariens gewann die Entente sofort ein neues Aufmarschgebiet gegen die Mittelmächte und ihrem türkischen Bundesgenossen, und nicht berechtigt zu der Hoffnung, daß sie der Wiener Regierung, oder wer sonst an deren Stelle von Herrn Wilson zu Verhandlungen mit den neuen Weltkammerherren angelassen wird, billiger Bedingungen zugestehen würde. Dann müßten wir in absehbarer Zeit Schlesien, Sachsen, Bayern als bedroht ansehen und es wäre nur eine Frage des Nachschubs und der Kräfteverteilung, wenn diese Bedrohung sich zu einer ernstlichen Gefahr steigern würde. Noch ist es natürlich nicht so weit, und je näher unsere Verteidiger im Westen standhalten, desto länger verhindern sie auch den Aufbau neuer Kampfzonen im Süden des Reiches. Aber soviel versteht sich immerhin, von selbst, daß die hier sichtbar werdenden neuen Schwierigkeiten bei der Beurteilung unserer militärischen und politischen Gesamtanlage nicht übersehen werden können, und daß von ihnen auch die deutsche Friedensaktion nicht unberührt bleiben kann, die nun wohl bald zur Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde führen wird. Dann wird die letzte Entscheidung über ihre Annehmbarkeit oder Unannehmbarkeit zu fällen sein — und damit auch über Bestand und Zukunft des Deutschen Reiches.

Daß das österreichische Beispiel sehr bald auch von der Türkei befolgt werden würde, war unschwer vorauszu-sehen. Man hatte sogar erwartet, daß die Reihenfolge des Abfalls vom Verbund, nachdem Bulgarien einmal

vorangegangen war, eine umgekehrte sein würde. Der Rücktritt Sunders Paschas war das erste Anzeichen; nun heißt es bereits, daß offizielle Verhandlungen mit der Entente — also nicht bloß mit Wilson — eingeleitet seien, deren Bedingungen in Konstantinopel schon vorliegen sollen. Man spricht von der Öffnung der Meerengen und der Einfahrt der britisch-französischen Flotte, von der Überwachung der türkischen Demobilisation, der Bildung eines Gendarmeriekorps, der Bestrafung gewisser Personen — kurz der Sieg der Westmächte soll, ganz abgesehen von den territorialen Veränderungen, mit voller Unabwägbarkeit ausgeliefert werden. Das ist bitter für die Türken, die sich tapfer geschlagen und uns vier lange Jahre hindurch die Treue gehalten haben. Es ist aber auch ein Vorzeichen dessen, was uns erwartet, wenn wir einen Weltfrieden hinhimmeln müssen statt des Nichtfriedens, den unsere Volksregierung anstrebt.

An meinen Jungen.

Mein lieber Junge, das ist nun so,
Man hat uns verkauft und verraten,
Sie teilen schon von Herzen froh
Den letzten deutschen Broten.
Mein lieber Junge, du bist noch klein,
Doch heute schon lerne das Pfaffen,
Junge, lerne: Deutscher sein,
Doch nur auf dich selber verlassen!

Holt Brandt (am 8. August 1914)

Weitere Friedensnoten Andraffys.

Direkte Friedensbitte an die Verbandsländer.

Wien, 29. Oktober.

Die Osterreichisch-ungarische Regierung hat gleichzeitig mit der an den Staatssekretär Lansing gerichteten Note den Inhalt derselben der französischen, königlich-großbritannischen, kaiserlich-japanischen und kaiserlich-italienischen Regierung mit der Bitte mitgeteilt, dem darin enthaltenen Vorschlag auch ihrerseits zuzustimmen und denselben bei dem Herrn Präsidenten Wilson zu unterstützen.

Graf Andraffy, der eigentlich streng genommen nur für die Dynastie handelt, da sich alle Völker vom alten Osterreich-Ungarn losgelöst haben, scheint zu fürchten, daß der Friedensschluß, den er erreicht, durch den Notenwechsel mit Wilson zu lange hinausgeschleppt werde, daher wendet er sich direkt an alle Verbandsstaaten mit dem Friedensangebot.

Ein Telegramm an Lansing.

Ergänzung des Waffenstillstandsvertrages.

Wien, 29. Oktober.

Der Minister des Auswärtigen Graf Andraffy hat an den Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm gerichtet:

„Sofort nach Übernahme der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. 10. abgefaßt, aus welcher Sie entnehmen werden, daß wir in allen Punkten die Grundzüge annehmen, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat.“

In voller Übereinstimmung, zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkerverämte haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Osterreichs und Ungarns ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsch gänzlich unbehindert bestimmen und vollziehen können.

Seit dem Regierungsantritt des Kaisers und Königs Karl war es kein unwichtiges Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Mehr als je ist das heute der Wunsch des Herrschers und aller Völker Osterreichs und Ungarns, die von der Überzeugung durchdrungen sind, daß ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Brühen, Entbehrungen und Bitternissen des Krieges gestaltet werden könne.

Ich wende mich deshalb direkt an Sie, Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, daß im Interesse der Humanität, sowie im Interesse aller Völker, die in Osterreich und Ungarn leben, der sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Osterreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen ermögliche.“

Da Graf Andraffy sich allen Forderungen Wilsons unterworfen hat, ist kaum daran zu zweifeln, daß der Waffenstillstand gewährt werden und daß die Beratung über den Frieden unmittelbar darauf beginnen wird.

Die Deutsch-Böhmen an den Reichskanzler.

Eine von 200 Vertrauensleuten aller Gauen und Stände Deutsch-Böhmens besuchte Versammlung in Aulka hat

Interimsgeld. Pfg. für die gestohlene Kesselpfanne oder einen Raub. Lotterpreis. Pfg. Hefen. Pfg. aller mit 0/2 Teuerungszuschlag. Selbst- und Ischerrische. Gah mit 0/2 Zuschlag. Bei Wiederholung und Fortwähren mehrerer Aufträge. Bestimmung im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spalte 60 Pfg. 82. Pfg. / Nachrichten- und Fernschreiber 20 bis 30 Pfg. / Telephonische Nachrichten-Büro (siehe jedes Anzeigenblatt) aus. / Abgabegebühr bis 11 Uhr vormittags. / Zeitungsgebühr des Lesers 6 Pfg. / In der Postzustellung. / Für das Erhalten der Zeitungen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Große Postzeitung 25%. / Aufschlag ohne Rabatt. / Die Redaktion am Abend hat nur bei Zahlungsanspruch 30 Tage Wilsdruff; Ansonsten 14. / Gedruckte Anzeigen zu bestimmten Tagen durch. / Anzeigen bedingen die Bestimmung des Preis- und Druckpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Geschäftszeit Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 5 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die deutsche Nationalversammlung mit allem Nachdruck eine enge staatsrechtliche Verbindung mit dem Deutschen Reich herbeiführen wird.

Der tschecho-slowakische Staat.

Wien, 29. Oktober.

Das tschechische Böhmen hat sich gestern nachmittags unabhängig gemacht. Der Nationalrat hat die Verwaltung des ganzen Landes übernommen. Auf den Straßen werden Verbindungsstücke zwischen den Soldaten und Publikum gesetert.

Der Statthalter ist nach Wien abgereist. Der Nationalrat hat den Beamten mit Handschlag den Eid abgenommen, daß sie dem Karolus Rudor gehorcht sein werden. Zwischen dem Nationalrat und dem Militärkommando ist ein Übereinkommen zustande gekommen, nach welchem die Soldaten nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwendet werden dürfen, wogegen sich der Nationalrat verpflichtet für ihre Verpflegung Sorge zu tragen. Auf dem Wenzelsplatz hielten tschechische Abgeordnete Ansprachen an die Menge, die nach Hunderttausenden zählte. Unabhängig erklärte die Auser: „Hoch die tschecho-slowakische Republik! Hoch Wilson!“

Am Abend erschienen der kommandierende General Feldmarschalleutnant Ketransk und Feldmarschalleutnant Zanaton mit ihrem ganzen Stab in den Räumen des tschechischen Nationalrats und übergaben die militärgewalt in die Hände des tschechischen Nationalrats. Ein Erlass des Nationalratschiffes verlobet: „Am 28. Oktober ist der selbständige Staat ins Leben gerufen worden, um die Kontinuität der bisherigen Rechtsordnung mit dem neuen Zustande aufrechtzuerhalten. Wirren zu vermeiden und den unbehinderten Übergang zu dem neuen staatlichen Leben zu regeln.“

Unsere Antwort in Washington.

Keine neue Note Wilsons.

Ausierbau, 29. Oktober.

Aus Washington wird gemeldet: Die deutsche Antwortnote gelangte in den Besitz der amerikanischen Regierung. Da sie lediglich als Bestätigung des Empfanges der Mitteilung des Präsidenten angesehen wird, erfolgt von Seiten Wilsons keine Antwort.

Die Behörden wiederholen, daß jetzt, nachdem Wilson die gesamte Korrespondenz seinen Verbänden unterbreitet hat, der nächste Schritt durch die verbündeten Mächte in gemeinschaftlichem Auftreten stattfinden müsse. In Londoner und Washingtoner politischen Kreisen wird die deutsche Note nahezu allgemein als ein Beweis aufgefaßt, daß Deutschland gewillt ist, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Und obwohl einige konervative englische Blätter schreiben, es sei nur eine List des Feindes, ist doch jeder überzeugt, daß die Friedensausichten wieder viel günstiger sind.

Nicht verzagen!

Von einem militärischen Mitarbeiter.

In der feindlichen Presse, besonders in der französischen, werden in diesen Tagen immer wieder Stimmen laut, die als Vorbedingung für den Waffenstillstand die restlose und vorbehaltlose Waffenstreckung der deutschen Armee, Auslieferung eines Teils des deutschen Kriegsmaterials, Überlassung von besetzten Plätzen und Häfen, sowie Auslieferung Belgolands und eines Teils unserer Flotte fordern. Wir leben unmittelbar vor der Stunde, da im Verfolg des Notenwechsels mit dem Präsidenten Wilson die Feinde ihre Bedingungen bekanntgeben werden. Dennoch ist es gut, sich mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen.

Rapitulation, d. h. Waffenstreckung eines ungeschlagenen Heeres, wäre unerhört in der Weltgeschichte. Es ist durchaus glaubhaft, wenn es heißt, Marshall Foch hätte dem französischen Clemenceau gegenüber die Meinung vertreten, angesichts der militärischen Lage lasse sich die Forderung der Waffenstreckung nicht rechtfertigen. Foch ist Soldat durch und durch, er kennt die Kriegsgeschichte und weiß, daß eine überstrapazte Forderung, die die Ehre einer in hundert Schlachten siegreichen Armee, die nicht vernichtet, ja nicht einmal geschlagen auf feindlichem Boden steht, anzutasten geeignet wäre, leicht Entschlüsse reifen lassen könnte, die sicher nicht im Interesse der französischen Armee und des französischen Volkes lägen. Man weiß auch in Frankreich, daß Deutschland, so heiß es den Feinden ergeht, so sehr es zum Frieden bereit ist, doch unter keinen Umständen das Joch schmachvoller Bedin-